

Die unabhängige Initiative #zusammenHaltNÖ hat nach Regierungsantritt der schwarz-blauen Koalition begonnen, die Landtagssitzungen zu beobachten.

Monat für Monat verfasst #zusammenHaltNÖ die IMPRESSIONEN aus dem nö. Landtag.

Warum machen wir das? Wir als Teil der Zivilgesellschaft sind davon überzeugt, dass „unsere“ Politiker*innen beobachtet werden müssen. Wir sind überzeugt, dass die Geschehnisse im Landtag einer größeren Öffentlichkeit bekannt sein sollten.

Wer sind denn nun die Abgeordneten, Landesräte bzw. Landtagspräsidenten? Was wissen wir über sie?

#zusammenHaltNÖ sieht es als problematisch an, dass die FPÖ durch die Zusammensetzung ihrer Wahllisten, acht Abgeordnete in den Landtag befördert hat, deren Nähe zu rechtsextremen Szenen und Gruppierungen, wie beispielsweise den Identitären, dokumentiert ist, auch wenn es sich um juristisch bislang unbescholtene Personen handelt.

Der nach oben gelobte 2. Landtagspräsident der FPÖ als ein weiterer Abg. hat in der Vergangenheit immer wieder rassistische und Aussagen getätigt (die die extreme Rechte nachweislich zu rassistischen Taten ermuntern) – er ist hier noch nicht miteingerechnet. Und Landesrat Udo Landbauer – er ist der Landeshauptfrau-Stellvertreter - sei erwähnt - bekannt für seine Liederbuch-Affäre.

Die ÖVP hat diese Partei in die Regierung geholt. Die ÖVP schaut zu und schweigt.

Wir sagen: Es ist ein unhaltbarer Zustand, Politiker*innen in hoher Verantwortung zu wissen, die Nähe zu Rechtsextremismus haben.

Wir verlangen,

- dass im Landtag klare Kante gegen Rechtsextremismus gezeigt wird und die roten Linien gezogen werden.

Und was beobachten wir weiters? Wenn es um das Thema Asyl geht

Die FPÖ - nunmehr als Koalitionspartnerin erstarkt - geht mit ihren Themen noch offensiver vor.

Hetze gegen Asylwerber*innen, Geflüchtete und Migrant*innen sind zu hören.

Falschinformationen werden kolportiert: So behauptet Landesrat Luisser, dass 82% der Asylsuchenden kein Anrecht auf Asyl hätten.

Wahr ist vielmehr: In 63% der Asylverfahren (korrekt: Anträge auf internationalen Schutz) wurde im Jahr 2023 eine "positive Entscheidung" getroffen.

Wie ‚rechnet‘ stattdessen der Landesrat? LR Luisser zählt jene Asyl-Entscheidungen ab, die nicht Asyl, jedoch subsidiären Schutz und humanitäres Aufenthaltsrecht gewähren. Und er zählt die eingestellten Asyl-Verfahren zu den negativen Entscheidungen hinzu.

Diese falschen Zahlen sollen Stimmung machen, um damit Asylwerber*innen pauschal zu diffamieren. Geflüchtete würden sich illegal im Land aufhalten.

Wir, von #zusammenHaltNÖ, haben Luisser auf seinen Rechenfehler hingewiesen. Vergeblich.

In NÖ kann die Bevölkerung inzwischen nicht darauf vertrauen, dass sie von der Landesregierung korrekt informiert wird. Stattdessen werden mit Zahlentricksereien und irreführenden Informationen Demokratie und Rechtsstaat ernsthaft beschädigt.“

Zum Thema Asylpolitik kritisieren wir auch, dass NÖ die Unterbringungsquote von Asylwerber*innen nicht erfüllt. Wir kritisieren, dass Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten unterfinanziert sind. Es fehlt an Deutschkursen, an Ausbildungs- und an Beschäftigungsmöglichkeiten.

Wir stellen eine Doppelzüngigkeit fest, wenn Geflüchteten und Migrant*innen der Integrationswille abgesprochen wird und ihnen gleichzeitig die Integration erschwert wird.

Wir verlangen,

- Dass sich die Regierung, und auch die Landesregierung, zur Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention bekennt.
- Dass der Rechtsstaat von Politiker*innen ernst genommen wird.
- Dass der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, zu ermitteln gegeben werden muss und dass sich Abgeordnete nicht hinter ihrer Immunität verstecken.

Rechenschaft, Transparenz, Mitbestimmung und Kontrolle durch die Opposition.

Wir stellen fest, dass die Oppositionsparteien einen schweren Stand im Landtag haben. Anträge, Vorschläge und mögen sie noch so gut sein, kommen nicht durch. Obwohl es keinen Klubzwang gibt, ist es Praxis, dass die Regierungs-Parteien geschlossen abstimmen.

Die Regierung agiert intransparent und kommt ihrer Rechenschaftspflicht nicht nach. Anfragen um Informationen werden vor allem von der ÖVP mangelhaft beantwortet.

Beispiele für Intransparenz gibt es: zuletzt war es die Inseratenaffäre zu der, der grundsätzlich geschätzte, Landesrechnungshof, der unbefriedigend Auskunft gab:

Wir sagen: Die demokratischen Rechte der Opposition werden durch solche Vorgänge geschmälert. Denn durch Intransparenz wird die Opposition in ihrer Kontrollfunktion behindert – eine Anforderung an Demokratien.

Wir kommen zum rauhen Ton im Landtag:

Ministerin Gewessler – das Feindbild Nr. 1 für FPÖ – ist prinzipiell die Öko-Kommunistin. Klimaaktivistinnen werden grundsätzlich als Klima-Terrorist*innen, Chaoten und Idioten bezeichnet.

Wir sehen, wie die Landtagspräsidenten der ÖVP (Wilfing) und FPÖ (Waldhäusl), höchst selektiv und meist nur der Opposition Ordnungsrufe erteilen: Keine Ordnungsrufe wenn von Klima-Terroristen gesprochen wird oder andere Diffamierungen in den Mund genommen werden. Keine Ordnungsrufe, wenn Abg. der Oppositionsparteien unflätig angegriffen werden.

Wir verlangen:

- einen korrekten Umgang, ein Mindestmaß an Umgangsformen und Wertschätzung für Abgeordnete der Oppositionsparteien und für Menschen generell.

Macht braucht Kontrolle. „Wir, als Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, sehen es als unsere Pflicht an, Politiker*innen und ihr Tun im Landtag zu beobachten und öffentlich zu kommentieren.

Noch wichtiger ist uns aber, tatkräftig mit anderen Initiativen für eine demokratische und nachhaltige Gesellschaft einzutreten, die den Zusammenhalt befördert.